

Erschienen in: *Totalitarismus und Demokratie*. Vandenhoeck & Ruprecht. 2025, 22(1), S. 146-149
<https://doi.org/10.13109/tode.2025.22.1.139>



Frank Bösch, Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, München 2024 (C. H. Beck), 622 S.

Der Umgang der Bundesrepublik mit autoritären Regimen ist eine virulente Herausforderung der Gegenwart – und zugleich von erstaunlich langer historischer Kontinuität. Frank Bösch greift diesen Umstand als wissenschaftliche Problemstellung auf und untersucht in seinem neuen Buch so eine bislang wenig erforschte Facette der deutschen Außenpolitik. Das Werk zeigt eindrücklich, wie eng die Geschichte der deutschen Nachkriegsdemokratie von pragmatischen und nicht selten widersprüchlichen Kooperationen mit Diktaturen begleitet war. Indem Bösch klassische Themen wie die Westintegration oder Ostpolitik bewusst in den Hintergrund verlagert, eröffnet er eine globale Perspektive, die den Umgang mit autoritären Regimen in Lateinamerika, Afrika, Asien und Europa ins Zentrum rückt.

Das Buch ist sowohl geografisch als auch zeitlich breit angelegt. Es untersucht die Beziehungen zu Diktaturen von Beginn der 1950er- bis in die 1990er-Jahre und analysiert in zwölf Fallstudien systematisch die Dynamiken von Kooperation, Konflikt und Diskurs. Besonders hervorzuheben ist: Die Fallstudien beleuchten nicht nur das Regierungshandeln, sondern beziehen auch zivilgesellschaftliche Akteure und deren Rolle als Korrektiv zur pragmatischen Außenpolitik ein. Diese Perspektive erlaubt es Bösch, ein differenziertes und vielschichtiges Bild der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen zu entwerfen, die bis heute nachwirken.

Im Zentrum des Buches steht die These, dass die Zusammenarbeit mit autoritären Regimen kein zufälliges Nebenprodukt der deutschen Außenpolitik war, sondern eine bewusste und oft unverzichtbare Strategie darstellte. Diese Beziehungen halfen der Bundesrepublik, ihre wirtschaftliche Stärke wiederzugewinnen, die internationale Anerkennung nach der NS-Vergangenheit zu sichern und sich geopolitisch im Kalten Krieg zu behaupten. Gleichzeitig legten sie die moralischen Dilemmata einer Demokratie offen, die sich pragmatischen Zwängen beugte, ohne ihre Werte konsequent durchzusetzen. Bösch fragt präzise, welche politischen und wirtschaftlichen Dynamiken diese Beziehungen prägten, wie sie das demokratische Selbstverständnis beeinflussten und welche Wandlungen sie durchliefen.

Bereits in Kapitel 1 zeigt Bösch, wie politischer und wirtschaftlicher Pragmatismus die deutschen Außenbeziehungen in der Adenauer-Ära prägte. Pompöse Staatsbesuche wie die des iranischen Schahs dienten dazu, die Bundesrepublik als international respektierten Akteur zu positionieren. Gleichzeitig scheute die Bundesregierung nicht davor zurück, iranische Oppositionelle in Deutschland zu überwachen, um die Beziehungen zum Regime nicht zu belasten. Einen ähnlichen Befund formuliert Bösch für den deutschen Umgang mit den südeuropäischen Diktaturen Spaniens und Portugals während der Herrschaft Francos und Salazars (Kapitel 2). Bösch beschreibt, wie die Bundesrepublik trotz der autoritären Herrschaftsstrukturen eine enge wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit diesen Ländern pflegte, um strategische Ziele im Kalten Krieg zu verfolgen. Gleichzeitig zeigt er, wie zivilgesellschaftlicher Protest – insbesondere von Gewerkschaften, Kirchen und der SPD – die Haltung der Bundesregierung beeinflusste und langfristig zu einer Demokratisierung dieser Länder beitrug.

Ein besonders prägnantes Beispiel für die Ambivalenz deutscher Außenpolitik sind die Beziehungen zur griechischen Militärjunta (1967–1974), die in Kapitel 5 behandelt werden. Trotz breiter Proteste von Amnesty International und Teilen der deutschen Öffentlichkeit hielt die Bundesregierung an den Handelsbeziehungen fest. Zugleich sah sie sich unter wachsendem Druck zivilgesellschaftlicher Akteure, punktuelle Zugeständnisse zu machen, ohne jedoch die grundsätzliche Außenpolitik zu ändern. Diese Episode illustriert exemplarisch die strukturellen Spannungen zwischen moralischen Ansprüchen und wirt-

schaftlichem Pragmatismus. Solche Spannungen werden auch in den Fallstudien zu Libyen unter Muammar al-Gaddafi und Zaire unter Mobutu augenfällig (Kapitel 9 und 10). Der Bau einer Chemiefabrik in Libyen, die potenziell zur Produktion chemischer Waffen genutzt werden konnte, sowie die wirtschaftliche Kooperation mit Mobutus repressivem Regime in Zaire verdeutlichen eindrucksvoll, wie wirtschaftliche Interessen nicht nur moralische Konflikte, sondern bisweilen gar sicherheitspolitische Risiken verschärfen konnten.

Die abschließende Fallstudie zur Kooperation mit der Volksrepublik China unter Deng Xiaoping (Kapitel 12) verdeutlicht eindrucksvoll, wie stark ökonomische Interessen die deutsche Außenpolitik dominierten und wie begrenzt der Spielraum für moralische Prinzipien in einer zunehmend globalisierten Welt war. Während deutsche Unternehmen in den 1980er-Jahren erheblich von Chinas Reform- und Öffnungspolitik profitierten, offenbarte das Tiananmen-Massaker 1989 die Grenzen einer wertegeleiteten Außenpolitik. Bösch analysiert präzise, wie die Bundesregierung symbolische Sanktionen verhängte, zugleich jedoch an den wirtschaftlichen Beziehungen festhielt.

Eine besondere Stärke des Buches liegt schließlich in der detaillierten Betrachtung zivilgesellschaftlicher Akteure. Amnesty International, deren deutsche Sektion Bösch mit Kapitel 7 ein eigenes Kapitel widmet, spielte eine zentrale Rolle bei der Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen in autoritären Staaten. Durch gezielte Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit setzte die Organisation die Bundesregierung unter Druck, menschenrechtliche Fragen in ihre Außenpolitik zu integrieren. Eindrücklich sind in diesem Zusammenhang auch die Beispiele der Proteste gegen die griechische Junta und das Pinochet-Regime in Chile; sie zeigen, wie transnationale Solidaritätsbewegungen die Grenzen staatlicher Pragmatik herausforderten und die politische Kultur der Bundesrepublik nachhaltig prägten.

Im abschließenden Kapitel wagt Bösch den Sprung in die Gegenwart und fragt, welche Lehren aus der historischen Zusammenarbeit mit Diktaturen für die heutige Außenpolitik gezogen werden können. Angesichts der zunehmenden Bedeutung autoritärer Regime wie China oder Russland im globalen Machtgefüge sieht Bösch die Spielräume für eine wertegeleitete Außenpolitik zunehmend eingeschränkt. Zugleich plädiert er dafür, wirtschaftliche Interessen stärker mit demokratischen Werten zu verbinden, um die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik langfristig zu sichern.

„Deals mit Diktaturen“ ist ein überaus lesenswertes Buch, das sowohl durch seine thematische Breite als auch durch seine problemorientierte Leitperspektive besticht. Es gelingt Bösch, die oft widersprüchlichen Dynamiken der deutsch-diktatorischen Beziehungen präzise zu erfassen und in einen größeren historischen und geopolitischen Kontext einzuordnen. Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure und die Betonung moralischer Spannungsfelder verleihen der Analyse zusätzliche Tiefe. Es richtet sich nicht nur an Historiker:innen und Politikwissenschaftler:innen, sondern bietet auch einer breiteren Öffentlichkeit wertvolle Einsichten in die Herausforderungen demokratischer

Außenpolitik. Das Buch ist ein zentraler Beitrag zur Geschichte der deutschen Außenpolitik und der internationalen Beziehungen. Es dürfte die Debatte über den Umgang Deutschlands mit autoritären Regimen nachhaltig prägen.

*Stefan Messingschlager, Fachgruppe Geschichte, Helmut-Schmidt-Universität/
Universität der Bundeswehr Hamburg.*